

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 89 (2014)
Heft: 6

Artikel: Nach dem Gripen-Nein in der Verantwortung
Autor: Alder, Konrad
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-716852>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nach dem Gripen-Nein in der Verantwortung

Nun haben es die SP unter Führung ihrer unredlich agierenden SiK-Mitglieder Galladé und Allemann, die GSoA und Grünen mit gütiger Mithilfe des GLP-geführten Liberalen Komitees «Nein zum Gripen» sowie der CVP Frauen Schweiz mit Meier-Schatz also geschafft, eine Mehrheit unserer Bürger dazu zu bewegen, unserer Luftwaffe die längst fällige Erneuerung ihrer Kampfflugzeugflotte zu verweigern und damit unserer bis anhin bewährten, kohärenten und souveränen Sicherheitspolitik irreversiblen Schaden zuzufügen.

DER LUFTFAHRTEXPERTE KONRAD ALDER NIMMT STELLUNG

Im Unterschied zu den notorischen Armeeabschaffern der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA haben die ablehnenden Kreise unter der Dominanz von Martin Bäumle und seiner Grünliberalen Partei immer wieder betont, dass man nicht gegen unsere Landesverteidigung und Luftwaffe sei, sondern lediglich eine Kampfflugzeugbeschaffung zum heutigen Zeitpunkt als verfrüht und finanzpolitisch unverantwortlich betrachte.

Damit stehen diese Politiker nun in der grossen Verantwortung, werthaltige, alternative Lösungsvorschläge für die Zukunft unserer Luftwaffe aufzuzeigen und mehrheitsfähig zu gestalten. Die folgenden Rahmenbedingungen dürften ihre Arbeit allerdings zu einem äusserst anspruchsvollen und dornenvollen Unterfangen machen:

F/A-18 geht 2025 zu Ende

1. 2025 werden die F/A-18 das Ende ihrer Einsatzfähigkeit und Lebensdauer erreichen. Ab diesem Zeitpunkt wird unsere Luftwaffe über keine Kampfflugzeuge für den Luftpolizeidienst, den Schutz unseres Luftraums im Krisenfall und für unsere Verteidigung mehr verfügen. Damit eine solche unakzeptable Situation verhindert werden kann, muss ein F/A-18-Nachfolgemodell spätestens ab 2022 der Truppe zulaufen. Nur so ist gewährleistet, dass man mit diesem 2025 eine operationelle Einsatzbereitschaft erreicht und so den Luftpolizeidienst als gesetzlichen Auftrag nahtlos sicherstellen kann.

2. In den kommenden Jahren läuft unsere Luftwaffe Gefahr personell auszubluten. Mit den durch das Nein zum Gripen geschaffenen, unsicheren Zukunftsaussichten wird das VBS Mühe haben, unsere hoch-

professionellen Kampfflugzeugpiloten und weitere auf dem Arbeitsmarkt dringend gesuchte Spezialisten im Betriebs- und Wartungsbereich bei der Stange zu halten.

Teure Evaluation

3. Ein nächstes Auswahlverfahren wird für die Schweiz eine sehr teure Angelegenheit. Im Lichte der Ablehnung der Gripen-Beschaffung durch das Volk, der kleinen zu beschaffenden Stückzahl sowie der wiederum zu erwartenden Referenden oder Initiativen der Armeegegner wird kein Flugzeugproduzent mehr bereit sein, für unsere Folgeevaluation eigene Mittel zu investieren. Der Verzicht von Boeing auf eine Teilnahme an unserer letzten Evaluation spricht in diesem Zusammenhang eine deutliche Sprache. Kommt hinzu, dass – so wie sich die Situation auf dem Markt für Kampfflugzeuge heute präsentiert – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wiederum der Gripen das Rennen machen dürfte.

4. Leasing-Lösungen von hochwertigen Kampfflugzeugen, die unsere heutigen militärischen Anforderungen erfüllen, sind unbezahlbar. Auch die von den Grünliberalen immer wieder portierte Idee einer Delegation der Aufgaben an einen Drittstaat wird allein schon aus neutralitätsrechtlichen Gründen, aber auch am Problem des staatlichen Gewaltmonopols scheitern. Die Kosten für ein solches «Outsourcing» wären im Übrigen mindestens so hoch, wie die Aufwendungen für eine eigene Luftwaffe.

5. Auch lebensverlängernde Massnahmen für die rund 30-jährigen F/A-18 sind wegen ihrem miserablen Kosten/Nutzwert-Verhältnis keine zielführende Lösung. Sie verlängern lediglich die fliegerische Ver-

wendungsdauer, schaffen aber kein zeitgemässes, unser Pflichtenheft erfüllendes Waffensystem.

6. Von SP, GSoA und den Grünen ist keine Unterstützung zu erwarten. Es ist vielmehr mit weiterem linksideologisch gefärbtem Gegenwind in Form von Referenden und Initiativen sowie unlauteren Gegenargumenten zu rechnen.

Im Abstimmungskampf konnten die Gegner aller Couleur noch mit eingehenden Schlagwörtern von unsachlicher Qualität gegen die Gripen-Beschaffung Stimmung machen. Nach geschlagener Schlacht geht es nun aber im Interesse der Schweiz darum, den in unserer Sicherheitspolitik angerichteten Scherbenhaufen rasch aufzuräumen, so dass kein unerwünschter, weitgehender Schaden entsteht.

In der Pflicht

Martin Bäumle und seine GLP stehen ab heute in der Pflicht, dem Schweizer Volk aufzuzeigen, wie es nun mit der Kontrolle unseres Luftraums und nachgelagert mit unserem «Sicherheitsverbund für Schutz, Rettung und Verteidigung» weitergehen soll. Denn es gibt, das haben alle militärischen Konflikte der jüngeren Geschichte eindrücklich gezeigt, keine glaubwürdige Sicherheit am Boden ohne die Unterstützung durch eine leistungsfähige Luftwaffe!

In der Verantwortung stehen aber auch der Gesamtbundesrat und alle bürgerlichen Parteien. Sie haben die strategische Dimension und Bedeutung dieser sicherheitspolitischen Auseinandersetzung nicht erkannt und die Ja-Kampagne deshalb mit wenig Engagement und Herzblut, zu spät sowie in einem völlig ungenügenden Ausmass unterstützt!

